

Ulis Corona-Newsletter vom 30. September 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

fast unbemerkt war heute ein historischer Tag im Stuttgarter Landtag. Als erstes Parlament in Deutschland haben wir die aktuellen Corona-Verordnungen der Landesregierung intensiv diskutiert und dann beschlossen. In Zukunft braucht jede Corona-Verordnung die Zustimmung des Landtags, um in Kraft treten zu können. Grundlage dafür ist das erste Pandemiegesetz in Deutschland, das die starke Rolle des Infektionsschutzgesetzes ein großes Stück weit einschränkt. Dafür war auch hohe Zeit. Über 7 Monate hinweg bestimmten Landesregierung und Krisenstäbe ohne das Parlament die Landespolitik. In den Zeiten, in denen schnelles Handeln gefragt war, war dies hinnehmbar. Jetzt, wo wir mit der Pandemie viel besser umgehen können, muss das Parlament wieder seine angestammte Rolle einnehmen. Angesichts wieder steigender Infektionszahlen müssen wir uns auf eine dauerhafte parlamentarische Arbeit mit Corona einstellen. Um das Vertrauen der Bürger*innen in das Handeln von Regierung und Parlament zu erhalten, werden wir ein Höchstmaß an Transparenz garantieren. Alle Beratungen im Landtag werden in öffentlichen Sitzungen stattfinden, die jeweils live im Internet übertragen werden. Ein guter Tag für die Demokratie! Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 30.09.2020

Deutschland

30.09.2020: Gesamtzahl: 289.219 (Veränderung zum Vortag: + 1.798)

Baden-Württemberg

30.09.2020: Gesamtzahl: 49.698 (+ 286); genesene Personen: 43.605 (+ 323); verstorbene Personen: 1.886 (+ 1)

Rhein-Neckar-Kreis

29.09.2020: Gesamtzahl: 1627 (+ 7); aktive Fälle: 93; genesene Personen: 1493; verstorbene Personen: 41 (+ 1)

Zweiter Nachtragshaushalt mit Rekordverschuldung im Zeichen von Corona

Im Landtag begannen heute auch die Beratungen über den milliardenschweren 2. Nachtragshaushalt. Es geht dabei u.a. um ein 1,2 Milliarden Euro schweres Investitionsprogramm und um eine Pandemie-Rücklage von 800 Millionen Euro für den Fall einer zweiten Corona-Welle.

Zusammen mit den zahlreichen Hilfsprogrammen für Soloselbständige, Mittelstand, Branchen, Kultur und Vereine und den kommunalen Hilfsprogrammen (Umfang aktuell 2,2 Mrd. Euro) wird sich die Nettoneuverschuldung im aktuellen Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt auf knapp 14 Milliarden Euro belaufen. Im Vergleich zum Vor-Corona-Schuldenstand des Landes von 45 Milliarden Euro wäre das ein Zuwachs von mehr als 30 Prozent.

Bei diesen Zahlen bekommt man schon ein mulmiges Gefühl. Aber bange machen gilt nicht. Wir haben die Aufgabe, Land und Leute aus der Corona-Krise herauszuführen und dabei auch den fälligen Strukturwandel einzuleiten. Krisen sind keine Zeiten um zu sparen.

Was ihr wissen solltet:

Alkohol, Partys, Fieber-Ambulanzen - die neuen Corona-Beschlüsse im Überblick

Die Coronavirus-Infektionszahlen steigen wieder schneller in Deutschland, nach besseren Werten im Sommer. Bund und Länder schließen weitere größere Öffnungsschritte aus und steuern nach:

STRAFGEDELDER: Bei Angabe falscher persönlicher Daten beim Restaurantbesuch soll ein Bußgeld von mindestens 50 Euro drohen. Gaststättenbetreiber sollen zudem prüfen, ob die Angaben plausibel sind.

ALKOHOL: Wo die Infektionszahlen ansteigen, sollen regional «zeitlich eingegrenzte Ausschankverbote für Alkohol» erlassen werden, um Ansteckungen in der Gastronomie einzudämmen.

FEIERN: Die Länder sollen Obergrenzen für die Teilnehmerzahl bei privaten Feiern festlegen, und zwar in zwei Stufen. Wenn es in einem Landkreis binnen sieben Tagen mehr als 35 Neuinfektionen pro 100 000 Menschen gibt, sollen in öffentlichen oder angemieteten Räumen wie Gaststätten höchstens 50 Personen gemeinsam feiern dürfen. Für Partys in Privaträumen wird eine maximale Teilnehmerzahl von 25 Menschen «dringlich empfohlen» - aber nicht verpflichtend festgeschrieben.

Wenn es in einem Landkreis binnen sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner gibt, sollen höchstens noch 25 Menschen in öffentlichen oder angemieteten Räumen feiern dürfen. Für Feiern in Privaträumen wird eine Obergrenze von zehn Teilnehmern „dringlich empfohlen“.

REGIONALE AUSBRÜCHE: Wenn es in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt innerhalb von sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner gibt, soll „sofort ein konsequentes Beschränkungskonzept“ umgesetzt werden - gegebenenfalls auch nur für eine betroffene Einrichtung.

FRÜHWARNSYSTEM: Die Länder sollen „ein geeignetes Frühwarnsystem einrichten“, um ein Überschreiten der 50-Personen-Schwelle möglichst zu vermeiden.

FIEBER-AMBULANZEN: Wenn die für Herbst und Winter erwartete Grippewelle zur Corona-Seuche hinzukommt, dürfte es enger werden in Arztpraxen und Krankenhäusern. Für Entlastung sollen Fieber-Ambulanzen, Schwerpunktsprechstunden und -praxen sorgen.

AHA-FORMEL WIRD LÄNGER: Die AHA-Formel rät zu einem Abstand von 1,5 Metern, Hygiene wie gründlichem Händewaschen und dem Tragen von Alltagsmasken. Nun sollen zwei neue Buchstaben dazu kommen: „C“ wie Corona-Warn-App und „L“ wie Lüften.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.alkohol-partys-fieber-ambulanzen-das-sind-die-neuen-corona-beschluesse.930b2971-a1d3-48b9-9183-409926aa2d05.html>

Kommunen sollen über Weihnachtsmärkte entscheiden

Wir diskutieren in der Koalition gerade über den Umgang mit Advents- und Weihnachtsmärkten. Das ist eine sehr emotionale Diskussion im ganzen Land. Wir haben Hunderte von Anträgen vorliegen, solche Märkte zu erlauben. Und natürlich wollen die Schausteller Advents- und Weihnachtsmärkte möglichst ohne jede Einschränkung veranstalten.

Ich gehöre zu denen, die die Kommunen selbst über Weihnachtsmärkte in Pandemiezeiten entscheiden lassen wollen. Solange die allgemeine Corona-Infektionslage das erlaubt, sollten sie vor Ort entscheiden, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen die Märkte stattfinden. Die Begründung dafür ist, dass wir sehr unterschiedliche Infektionsgeschehen in den einzelnen Regionen haben. Damit sind auch die lokalen Bedingungen zur Durchführung von Weihnachtsmärkten von Ort zu Ort verschieden. Wir haben vereinbart, dass das Sozialministerium den Kommunen Leitplanken zu den Hygieneanforderungen sowie der Organisation von Zu- und Abläufen der Besucher u.a. zur Verfügung stellen wird.

Ich würde empfehlen, bei den Märkten auf den Ausschank von Alkohol zu verzichten. Aber auch das müsste vor Ort entschieden werden.

Sollte das Infektionsgeschehen aber stark ansteigen, müsste über Weihnachtsebene auf Landesebene entschieden werden. Ich hoffe, dass uns dies erspart bleibt.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ministerpraesident-von-baden-wuerttemberg-kretschmann-kommunen-sollen-ueber-weihnachtsmaerkte-entscheiden.53b10744-cfd3-42f3-944c-20ec5d196939.html>

Curevac startet mit nächster Impfstoff-Phase

Das Tübinger Biopharmaunternehmen Curevac hat die zweite Phase bei der Prüfung seines Impfstoffkandidaten eingeläutet. Der erste Teilnehmer an der klinischen Phase-2a-Studie sei geimpft worden, hieß es in einer Pressemitteilung vom späten Dienstagabend. Die Studie laufe in Peru und Panama mit 690 gesunden Teilnehmern. Erste Daten werden im vierten Quartal erwartet. Danach plant das Unternehmen den Beginn der globalen klinischen Studie mit bis zu 30 000 Teilnehmern.

Curevac hatte nach der Mainzer Firma Biontec als zweites deutsches Unternehmen die Genehmigung für eine klinische Studie bekommen. Der Impfstoff der Biopharmafirma basiert auf dem Botenmolekül mRNA und regt im Körper die Bildung eines Virus-Eiweißes an. Dies löst eine Immunreaktion aus, die den Menschen vor dem Virus schützen soll. Die Impfstoff-Studie war Mitte Juni angelaufen.

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/wissenschaft-curevac-startet-mit-naechster-impfstoff-phase-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200930-99-767206>

Armutsgefahr im Rentenalter steigt - Corona verschärft Situation

Jeder fünfte Rentner muss einem Forscher zufolge an oder unter der Armutsgrenze leben, vor allem Frauen. Die Zahl der Betroffenen werde sich weiter erhöhen. Hinzu kommt nun noch die Corona-Pandemie.

Armut wird in der Bundesrepublik über das Haushaltseinkommen und die daraus folgenden Möglichkeiten an gesellschaftlicher Teilhabe definiert. Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Bevölkerung an, der mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen muss. Bei einem Ein-Personen-Haushalt lag diese Grenze 2019 bei 1074 Euro im Monat.

Tatsächlich lebten weitaus mehr ältere Menschen an oder unter der Armutsgrenze, als die Prozentzahlen auf den ersten Blick vermuten ließen, sagt der Forscher Christoph Butterwegge. Denn in der Grundgesamtheit seien auch Pensionäre sowie Menschen enthalten, die sehr gut von ihren Kapitalerträgen leben könnten. Betrachte man nur die Rentner, sei aktuell bereits jeder fünfte betroffen - vor allem Frauen. Das Problem werde sich künftig verschärfen. Ein Grund sei das abgesenkte und nach dem Jahr 2025 weiter sinkende Rentenniveau. Auch der breite Niedriglohnsektor verursache immer mehr Altersarmut.

Es sei zudem davon auszugehen, dass die Pandemie die Lage verschärfe: „Die Altersarmut wird durch die Rezession deutlich ansteigen“, stellt Butterwegge fest. Betroffen von Kurzarbeit und Entlassungen seien vor allem Geringverdiener. Auch aktuell verschlimmere Corona bereits die Lage: „Mehr als eine Million Kleinstrentner haben Minijobs, um über die Runden zu kommen. Davon sind viele durch die Beschränkungen weggefallen. Sie erhalten keine staatliche Leistung als Ersatz.“

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/09/PD20_N062_634.html

Maskenpflicht für Schleswig-Holsteins Schüler nach Herbstferien

Nach den Herbstferien müssen Schüler in Schleswig-Holstein ab der fünften Klasse zwei Wochen lang auch im Unterricht Masken tragen. Bei Lehrern gilt wie bisher auch: Wenn der Abstand nicht eingehalten werden kann, müssen sie einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Nach den Herbstferien geht die Schule im Norden am 19. Oktober wieder los.

In den vergangenen Wochen hatte es eine landesweite Maskenpflicht im Unterricht weiterführender Schulen zeitweise bereits in Nordrhein-Westfalen und Bayern gegeben. Inzwischen gilt sie dort für den Unterricht nur noch lokal in München, Hamm und Remscheid, weil die Zahl der Neuinfektionen in diesen Orten zuletzt sehr hoch war.

Ansonsten ist es in den meisten Ländern derzeit so, wie auch in Schleswig-Holstein seit dem 24. August: Schüler und Lehrer müssen im Schulgebäude einen Mund-Nasen-Schutz tragen, den sie bislang im Unterricht aber ablegen können. Die Regelung gilt im Norden auch für das sonstige Schulgelände wie etwa den Schulhof sowie für alle Schularten, alle Jahrgänge und alle Besucher wie etwa Eltern.

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/coronavirus/Corona-Maskenpflicht-fuer-Schueler-nach-Herbstferien,schule2332.html>

Nochmal Notstand in Tschechien und der Slowakei

Wegen rapide steigender Corona-Zahlen hat Tschechien erneut den Ausnahmezustand ausgerufen. Der Notstand gilt vom kommenden Montag an zunächst für 30 Tage, wie Gesundheitsminister Roman Prymula am Mittwoch in Prag bekanntgab. Er ermöglicht es der Regierung unter anderem, Bürgerrechte wie die Versammlungsfreiheit auszusetzen. Zudem können die Gerichte höhere Strafen verhängen. Der Ausnahmezustand galt bereits im Frühjahr zwei Monate lang.

Wegen der zuletzt rasant gestiegenen Zahl an Corona-Infektionen hat die slowakische Regierung am Mittwoch den Notstand ausgerufen. Mit dem Inkrafttreten des Notstandes ab Donnerstag erhalten die Behörden außerordentliche Befugnisse. So dürfen sie zum Beispiel medizinisches Personal auch aus dem Urlaub heraus zur Arbeit verpflichten und dringend benötigtes Gesundheitsmaterial unabhängig von gültigen Bestellungen umverteilen.

Umstritten ist der Notstand aber vor allem, weil er auch ein Verbot von Demonstrationen und Versammlungen sowie weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bürger ermöglicht. Erstmals galt der Notstand in der Slowakei schon während der ersten Corona-Welle von Mitte März bis Mitte Juni. Diesmal soll er für zunächst 45 Tage gelten.

<https://www.heise.de/tp/features/Corona-Nochmal-Notstand-in-Tschechien-und-der-Slowakei-4915778.html>

Südafrika öffnet sich wieder Reisenden aus dem Ausland

Nach rund sechsmonatiger Sperre seines Luftraums für den regulären internationalen Flugverkehr öffnet sich Südafrika ab diesem Donnerstag allmählich wieder dem Reiseverkehr aus dem Ausland. Ausgeschlossen sind allerdings weiter Touristen aus Ländern, die als Hochrisikogebiete gelten. Auf einer am Mittwoch von der Regierung bekanntgegebenen Liste wurden unter anderen die Schweiz, die USA, Russland oder Großbritannien genannt, Deutschland jedoch nicht. Die Einreise ist aber weiter an bestimmte Auflagen gebunden, darunter einen negativen Corona-Test und eine Reiseversicherung.

In Südafrika wurden bisher rund 672 500 Corona-Fälle bestätigt, mehr als 16 600 Menschen starben. Die Regierung hatte Ende März eine landesweite Ausgangssperre verhängt, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Restriktionen haben eine verheerende Auswirkung auf die Wirtschaft.

<https://taz.de/Kampf-gegen-Corona/!5710048/>

Nachrichten ohne Corona

Berufliche Beratung für Frauen aus dem Rhein-Neckar-Kreis:

Die Kontaktstelle Frau und Beruf Mannheim – Rhein-Neckar-Odenwald bietet eine kostenlose und individuelle berufliche Beratung für Frauen aus dem Rhein-Neckar-Kreis an. Am Donnerstag, 1. Oktober 2020, ist die Kontaktstelle Frau und Beruf ganztägig in der Landratsamt-Außenstelle Sinsheim, Muthstraße 4, vertreten. Als Landesprogramm beraten die Kontaktstellen Frau und Beruf seit 1994 Frauen mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums in ganz Baden-Württemberg zu beruflichen Themen rund um Wiedereinstieg, Existenzgründung oder Weiterbildung. Frauen erhalten so Unterstützung bei der beruflichen Orientierung, der Stellensuche und der Bewerbung. In Kooperation mit dem Rhein-Neckar-Kreis werden zukünftig regelmäßig Beratungstage vor Ort im Rhein-Neckar-Kreis angeboten.

Termine können per E-Mail an frauundberuf@mannheim.de vereinbart werden. Nähere Informationen zur Beratung sind auf den Internetseiten www.frauundberuf-mannheim.de und www.frauundberuf-bw.de abrufbar.

https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-Neckar-Kreis-2016/node/1859922/zmdetail_653611450/index.html

Neue ILS gGmbH nimmt ab 1. Oktober den Betrieb auf

Von der Öffentlichkeit praktisch unbemerkt wurde mitten in der Hochphase der Corona-Pandemie zum 1. April 2020 die Neuorganisation der Integrierten Leitstelle (ILS) Rhein-Neckar erfolgreich vollzogen und die Fusion mit der Feuerwehrleitstelle der Stadt Heidelberg eingeleitet.

Diese wurde aufgrund der Neustrukturierung des Rettungsdienstbereiches Rhein-Neckar/Heidelberg im Januar 2019 und der daraus resultierenden Gründung einer eigenen Integrierten Leitstelle der Stadt Mannheim zum April 2020 erforderlich. Die zum 1. Januar 2020 gegründete Integrierte Leitstelle Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis gGmbH (ILS) nimmt nun offiziell am 1. Oktober 2020 ihren Betrieb auf.

Die neu gegründete, gemeinnützige GmbH setzt sich aus den Gesellschaftern DRK-Kreisverband Rhein-Neckar/Heidelberg e.V., Stadt Heidelberg sowie dem Rhein-Neckar-Kreis zusammen. Die ILS hat ihren Sitz in Ladenburg und wird an zwei Standorten (Trajanstraße in Ladenburg und Baumschulenweg in Heidelberg) betrieben.

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/aktuelles/neuorganisation+der+integrierten+leitstelle+ils+rhein-neckar.html>

Arbeitslosigkeit geht erstmals seit März wieder leicht zurück

Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg ist erstmals seit März im Monatsvergleich wieder leicht gesunken. Im September waren im Südwesten 289 290 Menschen arbeitslos gemeldet - das ist im Vergleich zum August ein Rückgang von 1,7 Prozent, wie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit am Mittwoch in Stuttgart mitteilte. Die Arbeitslosenquote bleibt unverändert bei 4,6 Prozent. Angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie waren die Arbeitslosenzahlen seit dem Frühjahr bisher stets gestiegen. Schon zuletzt hatte sich der Anstieg allerdings etwas verlangsamt.

Die neuen Arbeitslosenzahlen spiegelten einen verhaltenen und saisonbedingten Rückgang wider. Dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch immer prekär ist, wird mit Blick auf den Vorjahresvergleich deutlich: Im September 2019 waren in Baden-Württemberg rund 86 500 Menschen weniger arbeitslos gemeldet als jetzt, damals hatte die Arbeitslosenquote 3,2 Prozent betragen.

Trotz der wirtschaftlich für viele Unternehmen immer noch schwierigen Situation gibt es einige Hoffungsindikatoren. So traten im September mehr als 22 500 Menschen neue Jobs an, dieser Wert bewegt sich nahezu auf dem Vorjahrsniveau. Auch die Jugendarbeitslosigkeit - unter die statistisch alle Arbeitslosen unter 25 Jahren fallen - sank im Vergleich zum August um 5,5 Prozent auf 32 559 Menschen. Hier sei es für eine Entwarnung allerdings noch zu früh, denn die Jugendarbeitslosenquote liege noch immer bei einem hohen Wert von 4,6 Prozent, sagte Musati. Vor einem Jahr hatte die Zahl der U-25-Arbeitslosen noch bei lediglich 21 120 Menschen gelegen.

<https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-bw/2020/61>

Baden-Württemberg geht neue Wege – gemeinsam für mehr Artenschutz

Die biologische Vielfalt von Pflanzen und Tieren ist unser aller Lebensgrundlage. Sie zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie ist unsere Lebensversicherung. Die Artenvielfalt zu erhalten und zu schützen ist angesichts des dramatischen Insektenschwunds dringender denn je.

Mit dem Prozess zur Novelle des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes hat Baden-Württemberg diesen gesamtgesellschaftlichen Ansatz beim Artenschutz beispielhaft und erfolgreich umgesetzt.

Im Juli 2020 hat der Landtag ein Gesetzespaket verabschiedet, das die biologische Vielfalt stärkt, die bäuerliche Landwirtschaft schützt und die gesamte Gesellschaft dabei in die Pflicht nimmt.

Ein Video des Umweltministeriums zeigt, wie es gelungen ist, Naturschutz und Landwirtschaft trotz ihrer oft gegensätzlichen Interessen zusammenzubringen.

Weitere Informationen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Baden Württemberg:
<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/naturschutz/biologische-vielfalt-erhalten-und-foerdern/>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)